

EVA GSCHWIND, Auf zur Urne! Direkte Demokratie in Basel von den Anfängen bis heute  
(Beiträge zur Basler Geschichte)

Christoph Merian Verlag | Basel 2022 | 320 Seiten, Klappenbroschur | 32,00 € | ISBN 978-3-85616-982-4

Im Jahr 1875 führte der Kanton Basel-Stadt die Volksinitiative wie auch das fakultative Referendum ein. Konkret bedeutete dies, dass von nun an jeweils 1000 Stimmbürger (Zahlen von 1875) mit ihren Unterschriften eine Gesetzesinitiative, die Totalrevision der Verfassung oder ein konkretes Projekt zur Volksabstimmung bringen konnten bzw. eine Volksabstimmung über einen Beschluss des Großen Rates, ganz gleich, ob es sich bei diesem um ein Gesetzesvorhaben, um einen Finanzbeschluss oder aber ein Bauprojekt handelte, erzwingen konnten. Anders als beispielsweise in Zürich, Bern oder Genf, ist es in Basel-Stadt über die Frage der Einführung der direkten Demokratie nicht zu schweren, teils sogar gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen. Vielmehr wurde eine Entwicklung nachvollzogen, die auf Ebene des Gesamtstaates bereits 1874 im Zuge der Totalrevision der Bundesverfassung stattgefunden hatte. So hat sich die Forschung bislang noch recht wenig mit der direkten Demokratie in der Stadt am Rheinknie auseinandergesetzt. Diese Lücke möchte Eva Gschwind nunmehr schließen. Ihren Blick auf die direkte Demokratie in Basel-Stadt bindet sie dabei in eine Darstellung der politischen Geschichte des Stadtkantons. Ihr geht es nicht zuletzt auch darum, eine Geschichte der Anliegen, die seitens der Bevölkerung artikuliert wurden, vorzulegen. Unter anderem fragt sie, inwieweit und in welcher Form die politische Elite auf das Volk als Machtfaktor eingegangen ist. Wer lancierte zu welchem Zeitpunkt Volksinitiativen und wer war berechtigt, an Volksabstimmungen teilzunehmen? Wirkten Volksinitiativen und Referenden eher in progressiver Richtung oder wurden diese vielmehr zum Bremsklotz für die weitere Entwicklung.

In zwei relativ umfangreichen Kapiteln schildert die Autorin zunächst den Weg zur direkten Demokratie und gibt in diesem Zusammenhang Einblick in die politische Verfassung Basels vor 1875. Die Stadt wurde dominiert von einer Schicht von Kaufleuten, Gelehrten und Fabrikbesitzern, die in sozialpolitischer Hinsicht durchaus fortschrittlich war. So gab es eine progressive Einkommensteuer, die kleine Einkommen schonte. Aus einem „pietistisch-humanistischen Pflichtgefühl“ (S. 49) heraus förderte die städtische Elite im Zusammenspiel mit der „Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige“ auch gleichermaßen Suppenanstalten, preisgünstige Arbeiterwohnungen und die Schaffung von Badeanstalten. Auch bestand seit 1869 ein für die damalige Zeit fortschrittliches Fabrikgesetz. Soziale Zugeständnisse dienten aber nicht zuletzt dazu, ein politisch hoch konservatives System zu stützen, in dem die politische Macht bei nur wenigen Familien konzentriert war. So standen an der Spitze Basels als Exekutive zwei Bürgermeister und ein 13-köpfiger Kleiner Rat, wobei bis auf die zwei Bürgermeister alle Funktionsträger ehrenamtlich tätig waren. Allein schon hierdurch war ein politisches Engagement von weniger Betuchten ausgeschlossen. 36 Sitze des Großen Rates (der Legislative, der jedoch auch die Bürgermeister und die Mitglieder des Kleinen Rates angehörten) wurden in Basel noch immer durch die Zünfte bestimmt. Das Wahlverfahren war überaus komplex, zugleich fanden die Wahlen unter der Woche statt, wodurch abhängig Beschäftigte von den Wahlen ferngehalten wurden.

Die Autorin stellt den freisinnigen Politiker Wilhelm Klein als denjenigen vor, der seit 1867 mehrfach Anträge stellte, die auf eine grundlegende Erneuerung des politischen Systems zielten, und der damit ab 1873 auch Erfolg hatte. Zunächst kam es zur Einführung der Wahlen am Sonntag und einer Wahlurne. 1875 erhielt Basel dann einen von allen Stimmbürgern direkt gewählten Großen Rat als Legislative und einen hauptamtlichen Regierungsrat mit sieben Mitgliedern (zunächst durch den Großen Rat, ab 1890 direkt vom Volk gewählt) als Exekutive. Durch die gleichzeitige Einführung von fakultativem Referendum und Volksinitiative erwartete sich Klein zudem eine

stärkere Beteiligung der Bevölkerung an der Politik, genauso wie eine Lösung etwaiger Konflikte zwischen Wählern und Behörden. Mit diesen Argumenten konnte sich Klein gegenüber seinen konservativen Gegnern durchsetzen, die eine Schwächung des Verantwortlichkeitsgefühls des Großen Rates fürchteten. Überhaupt sahen die Konservativen überall nur „fruchtlose Agitation“ (zitiert S. 21) und sprachen der Bevölkerung die Kompetenz ab, über komplexe Vorgänge ein Urteil zu fällen.

Bemerkenswert war freilich, dass sich das erste Referendum 1876 mit der Frage der Einführung einer Kanalisation beschäftigte und trotz unhaltbarer hygienischer Zustände die Kanalisation abgelehnt wurde. Zu groß war die Furcht vor hohen Anschlusskosten. Das gleiche Spiel wiederholte sich 1881. Erst 1896 sollte Basel die schon 20 Jahre zuvor geforderte Kanalisation erhalten. Am Beispiel der ersten Volksinitiative zeigt Gschwind jedoch auf, dass Volksinitiativen durchaus beschleunigend wirken konnten. Dank einer Volksinitiative erhielt Basel innerhalb kürzester Zeit 1882 eine dritte Rheinbrücke – die zweite Rheinbrücke war erst 1879 fertig gestellt worden.

In vier Kapiteln zeigt die Autorin auf, welche Themen bei den Volksabstimmungen und Referenden dominierten. In der Regel ging es um die weitere Demokratisierung des politischen Systems und um die Berücksichtigung von Minderheiten. Ein Meilenstein war die Einführung des Proporzwahlrechts 1905, mittels dessen die dominierende Stellung der inzwischen regierenden Freisinnigen gebrochen wurde. 1966 führte Basel-Stadt als erster deutschsprachiger Kanton das Frauenstimmrecht ein. 1988 wurde das Wahlalter von 20 Jahren auf 18 Jahre gesenkt. In der Gegenwart wird über das Stimmrecht von Ausländern, die eine bestimmte Anzahl von Jahren in der Stadt leben, wie auch über eine weitere Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre diskutiert. Weitere Themen von Abstimmungen bildete vor allem ab den 1920er Jahren der Ausbau des Sozialstaates, oftmals in Verbindung mit Steuerfragen. Da Basel ein Stadtkanton ist, wurde im Rahmen von Volksabstimmungen auch immer wieder die städtebauliche Entwicklung behandelt. Dementsprechend stellt die Autorin in einem reich bebilderten Kapitel städtebauliche Projekte vor, die von der Bevölkerung entweder angenommen oder verworfen wurden.

Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit Abstimmungskampagnen und geht dabei auf „Aufreger und Grenzüberschreitungen“ (S. 228) ein. Von Parteien der politischen Rechten wurden seit den 1920er Jahren immer wieder Abstimmungskampagnen mit fremdenfeindlichem, ja offen rassistischem Unterton geführt, die darauf zielten, Ängste in der Bevölkerung zu schüren – ein unerfreulicher Aspekt der direkten Demokratie. Neben „Schlussbetrachtungen“ (S. 281) und einigen knappen rechtlichen Erläuterungen zur direkten Demokratie bilanziert zudem wiederum ein Kapitel die direkte Demokratie in statistischer Hinsicht. Hier geht es unter anderem um die Frage, wie hoch die Wahlbeteiligung war. Wie viel Prozent der Einwohner Basels dürfen überhaupt wählen? Wann waren Abstimmungen ungültig oder welchen Einfluss hatten bzw. haben die beiden Landgemeinden des Kantons, Riehen und Bettingen, auf das Gesamtergebnis? In den beiden Landgemeinden wohnen zusammen heute immerhin 13,2 Prozent der Stimmberechtigten, die in der jüngeren Vergangenheit bei knappen Entscheidungen wiederholt den Ausschlag gegeben und gerade in Fragen von Wohnungsbau und Miete mehrheitlich anders als die Einwohner Basels votiert haben.

Eva Gschwind wird dem selbst gestellten Anspruch, den Leser „auf eine spannende Zeitreise durch die Basler Politik der letzten 150 Jahre“ (Buchrücken) mitzunehmen, vollauf gerecht. Der Leser bekommt einen detaillierten und doch leicht verständlichen Einblick in das Funktionieren der direkten Demokratie sowie in zentrale Entwicklungen und politische Kontroversen nicht nur der Basler Stadtgeschichte, sondern auch der Schweiz insgesamt und der Oberrhein-Region.

MICHAEL KITZING, Singen

#### Zitierempfehlung

Michael Kitzing, Rezension zu: Eva Gschwind, Auf zur Urne! Direkte Demokratie in Basel von den Anfängen bis heute, Christoph Merian Verlag, Basel 2022, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81970>> [17.1.2024].